



# Verbessern der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgung und anderen P/CVE-Interessengruppen

Verfasst von **Fatos Makolli**, externer Experte des RAN

Radicalisation Awareness Network

**RAN**   
Practitioners

# **Verbessern der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgung und anderen P/CVE-Interessengruppen**

## RECHTLICHER HINWEIS

Dieses Dokument wurde für die Europäische Kommission erstellt, spiegelt jedoch nur die Ansichten seiner AutorInnen wider. Die Europäische Kommission ist nicht haftbar für die Folgen einer Weiterverwendung dieser Publikation. Weitere Informationen zur Europäischen Union finden Sie online unter <https://www.europa.eu>.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023

© Europäische Union, 2023



Die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten wird durch den Beschluss der Kommission 2011/833/EU vom 12. Dezember 2011 geregelt (ABl. L 330, 14.12.2011, S. 39). Sofern nicht anders angegeben, unterliegt die Weiterverwendung dieses Dokuments der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC-BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>). Das bedeutet, dass Sie dieses Material unter Angabe des Urhebers oder der Urheberin und Kenntlichmachung von Änderungen nutzen dürfen.

Zur Nutzung oder Vervielfältigung von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss ggf. die Erlaubnis der jeweiligen RechteinhaberInnen eingeholt werden.

## Einleitung

Gewaltbereiter Extremismus ist sowohl ein Sicherheits- als auch ein gesellschaftliches Problem. Daher müssen Herangehensweisen zu dessen Bewältigung gefunden werden, die die Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Elemente und von Behörden auf unterschiedlichen Ebenen fördern.<sup>1</sup> Um den Auswirkungen jeder Form von Extremismus etwas entgegenzusetzen zu können, sind Inklusivität und Interdisziplinarität erforderlich – also die Beteiligung vieler Interessengruppen, nicht nur der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, sondern auch der Zivilgesellschaft und der Gemeinschaft. In den westlichen Balkanstaaten gab es insbesondere im letzten Jahrzehnt Bedrohungen durch gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus – ob ethno-nationalistisch oder religiös motiviert – und auch der Rechtsextremismus nimmt immer weiter zu. In internen Berichten und Studien von Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO), internationalen Berichten über den Westbalkan wie den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission für die westlichen Balkanstaaten sowie den Länderberichten des US-Außenministeriums zu Terrorismus werden Fortschritte und Erfolge bei der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) anerkannt, z. B. Gesetzesvorlagen, die Einführung von Mechanismen oder Erfolge der Strafverfolgungsbehörden.<sup>2</sup> Beim Aufbau eines nachhaltigen behördenübergreifenden P/CVE-Ansatzes wurden jedoch nur begrenzte Fortschritte gemacht.<sup>3</sup> Die westlichen Balkanstaaten haben zwar damit begonnen, interinstitutionelle P/CVE-Verfahren einzuführen, an denen Strafverfolgungsbehörden, Teile der Zivilgesellschaft und internationale Interessengruppen beteiligt sind, aber die für diesen Beitrag geführten Interviews zeigen, dass dieser Ansatz noch recht neu ist. Die allgemeine Wahrnehmung der politischen EntscheidungsträgerInnen und der P/CVE-Fachkräfte war, dass gewaltbereiter Extremismus weiterhin hauptsächlich ein Strafverfolgungs- und Sicherheitsthema ist.

Die geänderte Herangehensweise zeigt sich besonders im Umgang mit dem Phänomen der ausländischen terroristischen KämpferInnen, die nach Syrien und in den Irak gegangen sind. Im Jahr 2014 führten alle westlichen Balkanstaaten mit Unterstützung der EU und der USA einen ganzheitlicheren Ansatz einschließlich P/CVE ein und banden andere relevante Interessengruppen wie die Zivilgesellschaft, NRO und religiöse Gemeinschaften ein. Aufgrund des internationalen Fokus auf P/CVE und der Unterstützung in diesem Bereich haben die westlichen Balkanstaaten spezielle Mechanismen und Richtlinien entwickelt. Aus den folgenden Gründen ist jedoch noch unklar, ob diese Mechanismen voll und langfristig einsatzfähig werden können:

- Anstieg neuer Herausforderungen durch zurückkehrende ausländische terroristische KämpferInnen und ihre Familien, wodurch der Schwerpunkt weg von der Primär- und Sekundärprävention und hin zur Rehabilitation und Wiedereingliederung gelenkt wird
- Mangelnde Koordination zwischen Zentralregierung und lokalen Interessengruppen
- Ungenügende Finanzierung, Zuweisung von Ressourcen und Abhängigkeit von Spenden

ZGO spielen eine entscheidende Rolle bei einem gesamtgesellschaftlichen P/CVE-Ansatz. VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind häufig gut positioniert, glaubwürdig und erfahren in der Arbeit mit bestimmten Gruppen und können so die Sorgen und Nöte besser erkennen und angehen, die einzelne Personen anfälliger für den Einfluss gewaltbereiter extremistischer Gruppen machen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> 'Understanding Referral Mechanisms in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism: Guidebook for South-Eastern Europe', 39, accessed 15 August 2022, <https://www.osce.org/secretariat/418274>

<sup>2</sup> 'Balkans-Regional-Report.Pdf', 27, accessed 31 October 2022, <https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/04/Balkans-Regional-Report.pdf>

<sup>3</sup> Mensur Hoti, Government stakeholder questionnaire, 30 July 2022.

<sup>4</sup> 'The Role of Civil Society in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism: A Guidebook for South-Eastern Europe', 10, accessed 7 March 2023, <https://www.osce.org/secretariat/400241>

\* Diese Bezeichnung wird unbeschadet der unterschiedlichen Standpunkte zum (völkerrechtlichen) Status des Landes verwendet und steht im Einklang mit der Resolution UNSC 1244 des UN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

Im Westbalkan begann die stärkere Beteiligung von ZGO an der P/CVE-Arbeit in den Jahren 2014/2015. Zunächst bestand die Aufgabe in der Sensibilisierung für die Gefahren durch gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus, dann wurden sie auch in den Entwurf von politischen Dokumenten und Strategiepapieren und später direkt in die P/CVE-Arbeit sowie die Rehabilitation und Wiedereingliederung eingebunden.

Die Beteiligung und Rolle der ZGO variiert von Land zu Land. Im Kosovo\* sind ZGO stärker in sämtliche P/CVE-Ansätze und -Aktivitäten eingebunden, einschließlich politischer Entscheidungsfindung sowie Entwurf und Realisierung von Strategiepapieren. In anderen westlichen Balkanstaaten sind ZGO an der Prävention, Rehabilitation und Wiedereingliederung beteiligt. Es fehlen jedoch konkrete Daten zur Mitarbeit an Strategie und politischer Entscheidungsfindung.

Es ist notwendig, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in alle P/CVE-Prozesse einzubinden – von der Strategie und politischen Entscheidungsfindung über Prävention und Intervention bis zu Rehabilitation und Wiedereingliederung. Um einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu erreichen, sollten die Regierungen der westlichen Balkanstaaten ein geeigneteres Umfeld für die Beteiligung von ZGO schaffen, indem sie diese in alle Prozesse einbinden und Vertrauen, Partnerschaften und Kompetenzen aufbauen.

In diesem Beitrag sollen die Herausforderungen und Hindernisse bei der multidisziplinären P/CVE-Arbeit dargestellt werden. Es werden Erkenntnisse und bewährte Praktiken vorgestellt, die weiter untersucht, vorgebracht und an den aktuellen Kontext im Westbalkan angepasst werden können. Darüber hinaus werden Bereiche identifiziert, in denen die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen relevanten AkteurlInnen gestärkt werden sollte – sowohl in der Sekundär- als auch der Tertiärprävention. Im vorliegenden Beitrag werden Kooperationsmodelle zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen relevanten AkteurlInnen in EU-Staaten vorgestellt und es wird gezeigt, wie diese den Gesetzen in den westlichen Balkanstaaten entsprechend angepasst werden können.

Der letzte Abschnitt enthält Empfehlungen dazu, wie die Zusammenarbeit zwischen den Aktiven in multidisziplinären Teams gestärkt werden kann. Der Schwerpunkt liegt hier auf den Beziehungen zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen relevanten P/CVE-Beteiligten. Zur Erstellung dieses Beitrags wurden Primärquellen in Form von Fragebögen und offiziellen Dokumenten, Untersuchungen bestehender Literatur im Bereich P/CVE, insbesondere RAN-Beiträge, sowie ein Vergleich der bestehenden staatlichen Modelle für einen umfassenden P/CVE-Ansatz herangezogen.

## Bestandsaufnahme der Herausforderungen, Anforderungen und Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen AkteurInnen aus dem Sicherheitsbereich und anderen P/CVE-Interessengruppen

In allen westlichen Balkanstaaten gibt es Formen des gewaltbereiten Extremismus, ob (gewaltbereiter) Rechtsextremismus, Linksextremismus oder islamistischer Extremismus, die Institutionen und den sozialen Zusammenhalt allgemein in diesen Ländern vor Herausforderungen stellen.<sup>5</sup> Die Erfahrungen im Umgang mit den verschiedenen Ideologien in der Region variieren jedoch und sind hauptsächlich mit ausländischen terroristischen KämpferInnen verknüpft, da die westlichen Balkanstaaten eine Vielzahl von P/CVE-Programmen und -Strategien im Bereich Rehabilitation und Wiedereingliederung ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien entwickelt haben.<sup>6</sup> Trotz der in Berichten internationaler Institutionen anerkannten Fortschritte scheinen die Bemühungen im Westbalkan jedoch begrenzt zu sein und die multidisziplinären P/CVE-Ansätze sind weiterhin nicht nachhaltig.<sup>7</sup>

Die Koordination zwischen den nationalen Regierungen und den Behörden vor Ort bleibt angesichts der mangelnden lokalen P/CVE-Kapazitäten eine Herausforderung. Auch die Beteiligung von Teilen der Zivilgesellschaft und die Übernahme der Verantwortung für Prozesse durch die Zivilgesellschaft ist aufgrund der zu geringen lokalen Ressourcen schwierig. Die meisten internationalen Fördergelder sind zur Unterstützung von Rehabilitation und Wiedereingliederung gedacht anstatt für die Primär- und Sekundärprävention von gewaltbareitem Extremismus. Darüber hinaus stoßen ZGO bei der Arbeit im P/CVE-Bereich auf Widerstand hinsichtlich des Austauschs von Informationen aus dem Sicherheitsbereich, der hier als der dominante Akteur wahrgenommen wird.<sup>8</sup> Diese mangelnde Zusammenarbeit der Bereiche ist hauptsächlich auf das Fehlen formaler regulatorischer und politischer Mechanismen zur Unterstützung und Regelung des Informationsaustausches zurückzuführen. Darüber hinaus behindern die unterschiedlichen Organisationskulturen und Ziele der Interessengruppen die Gestaltung eines effektiven multidisziplinären Ansatzes.<sup>9</sup>

Einigen westlichen Balkanstaaten ist es jedoch gelungen, Aktionen zu koordinieren und Einrichtungen zu schaffen, in denen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und andere relevante Interessengruppen, die eine Rolle in der P/CVE-Arbeit spielen, zusammenarbeiten.<sup>10</sup> Im folgenden Abschnitt werden die bestehenden Mechanismen in ausgewählten westlichen Balkanstaaten kurz beschrieben. Außerdem werden die Strategiepapiere oder -programme für P/CVE sowie die Anforderungen und die Erfahrungen präsentiert.

### a) Institutionelle Struktur und rechtlicher Rahmen in den westlichen Balkanstaaten

Alle westlichen Balkanstaaten haben Gesetze zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus verabschiedet und halten den EU-Besitzstand vollständig oder beinahe vollständig ein, einschließlich der Definition und Sanktionierung aller Formen von Terrorismus.

Fast alle westlichen Balkanstaaten haben sich mithilfe nationaler Strategien mit dem Problem der Prävention und Bekämpfung von Terrorismus befasst. Die Beteiligung von BürgerInnen der westlichen Balkanstaaten an Aktivitäten in Konfliktzonen, hauptsächlich in terroristischen Organisationen, sowie die Verbreitung

---

<sup>5</sup> '2021 Enlargement Package', Text, European Commission - European Commission, accessed 31 October 2022, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_21\\_5275](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_5275)

<sup>6</sup> '2021 Enlargement Package'.

<sup>7</sup> '2021 Enlargement Package'.

<sup>8</sup> Eric Rosand and Eric Manton, 'Lessons Learned from Preventing and Countering Violent Extremism in the Western Balkans' 41 (2021): 3, [https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2021/05/rosand\\_and\\_manton\\_newsbrief.pdf](https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2021/05/rosand_and_manton_newsbrief.pdf)

<sup>9</sup> Luan Keka, Government stakeholder questionnaire, 21 June 2022.

<sup>10</sup> Keka.

extremistischer Narrative und Ideologien zeigte jedoch, dass die P/CVE-Bemühungen verstärkt werden mussten – und zwar durch Strategiepapiere und nationale Gesetzesvorhaben im Hinblick auf die identifizierten Probleme und Bedrohungen.

Die ersten Bemühungen, Strategiepapiere für P/CVE zu entwerfen, fanden in den meisten westlichen Balkanstaaten 2015 statt. In den letzten Jahren bestand angesichts neuer Entwicklungen, Herausforderungen und Bedrohungen jedoch generelle Einigkeit, dass P/CVE in das Rahmenwerk der nationalen Strategien zur Bekämpfung von Terrorismus aufgenommen werden muss. Dies war unter anderem in Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo und Nordmazedonien der Fall. Aus verschiedenen Gründen stehen einige der westlichen Balkanstaaten allerdings bei der Erreichung ihrer Ziele vor Herausforderungen. Die Ausnahme bildet Albanien, das die bereichsübergreifende Strategie gegen Terrorismus 2021–2025 und den Maßnahmenplan 2021–2023 mit den vier wesentlichen Säulen Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion auf Terrorismus auf der Grundlage der EU-Strategie gegen Terrorismus bereits verabschiedet hat. Die neue Terrorismusbekämpfungs-/P/CVE-Strategie (2021–2026) von Bosnien und Herzegowina wurde im Oktober 2022 beschlossen. Derzeit werden von den Behörden auf bundesstaatlicher Ebene (Föderation Bosnien und Herzegowina, Republika Srpska und Brčko-Distrikt) Maßnahmenpläne erstellt. Die Europäische Kommission empfiehlt jedoch, dass die neue Strategie mit der Politik der EU abgestimmt sein sollte und dass ein besonderes Augenmerk auf P/CVE gelegt werden sollte, um alle Formen von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus (politisch, ethno-nationalistisch und religiös) abzudecken und durch P/CVE-Aktivitäten vor Ort zu bekämpfen.<sup>11</sup> Laut Interviews mit lokalen ExpertInnen werden diese Empfehlungen berücksichtigt. Darüber hinaus soll die Rolle der ZGO in nachfolgenden Dokumenten (Maßnahmenplänen) detaillierter festgelegt werden.<sup>12</sup> Im Kosovo wurde im Jahr 2022 nach der Evaluation der bisher ergriffenen Maßnahmen und basierend auf der Bewertung der Lage sowie neuer Bedrohungen durch gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus eine neue Strategie gegen Terrorismus 2023–2028 entworfen, die <sup>13</sup>im Juli 2023<sup>14</sup> auf der Webseite des Innenministeriums veröffentlicht wurde.

In Serbien steht der Entwurf einer neuen nationalen Strategie als Ersatz für die nationale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus (2017–2021) noch aus. Allerdings hat der ordnungsgemäße Mechanismus zur Beobachtung und Meldung hinsichtlich der Umsetzung der Strategie laut dem Bericht der Europäischen Kommission für Serbien für das Jahr 2022 nicht funktioniert.<sup>15</sup>

Nordmazedonien hat wie andere westliche Balkanstaaten nationale Strategien zur Terrorismusbekämpfung (2018–2022) und zur Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus (2018–2022) einschließlich Maßnahmenplänen verabschiedet.

Montenegro verabschiedete seine erste Strategie zur Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus für die Jahre 2016–2018 und entwarf im Oktober 2022 eine neue Strategie zur Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus 2020–2024.

Sämtliche Strategiepapiere und noch zu genehmigenden Entwürfe der westlichen Balkanstaaten für die P/CVE-Arbeit bilden die Basis für den Umgang mit Herausforderungen und Bedrohungen mithilfe eines umfassenden Ansatzes. Die Grundlage bildet die wichtige Rolle, die die verschiedenen Institutionen auf nationaler, aber auch auf lokaler Ebene spielen. Besonders betont wird die unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft sowie die Zusammenarbeit mit ihr.

---

<sup>11</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 'Bosnia and Herzegovina Report 2021', 38–39, accessed 10 August 2022, [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/bosnia-and-herzegovina-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/bosnia-and-herzegovina-report-2021_en)

<sup>12</sup> Dr Vlado Azinovic, Expert stakeholder questionnaire, 1 August 2022.

<sup>13</sup> 'Strategic Documents of MIAPA', accessed 1 August 2023, <https://mpb.rks-gov.net/f/39/Strategic-documents>

<sup>14</sup> Rebeka Qena, CSO stakeholder questionnaire, 28 July 2022.

<sup>15</sup> 'Serbia Report 2022', accessed 31 July 2023, [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/serbia-report-2022\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/serbia-report-2022_en)

## b) Bestehende Terrorismusbekämpfungs- und P/CVE-Mechanismen in den westlichen Balkanstaaten

Fast alle westlichen Balkanstaaten haben Koordinationsmechanismen im Bereich Terrorismusbekämpfung und P/CVE eingerichtet und operationalisiert. Darin einbezogen werden Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und -institutionen auf nationaler und lokaler Ebene wie Bildungseinrichtungen, Sozial- und Gesundheitsdienste, die Zivilgesellschaft, ZGO und der private Sektor.

In den westlichen Balkanstaaten ist der führende Akteur bei der Terrorismusbekämpfung die Strafverfolgung (Polizei), die von anderen Handelnden im Sicherheitsbereich wie staatlichen Nachrichtendiensten unterstützt wird. Die Rolle der Strafverfolgung im Bereich P/CVE konzentriert sich hauptsächlich auf Community-Policing-Ansätze.

In allen Modellen der westlichen Balkanstaaten wird ein umfassender Ansatz gegen Bedrohungen durch Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus definiert. Darüber hinaus verfolgen die meisten westlichen Balkanstaaten bei P/CVE einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz.

### Gesamtgesellschaftlicher Ansatz

Ein Ansatz für die P/CVE-Arbeit, der eine Rolle für AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft und Nichtregierungs-beteiligte sowie relevante behördliche AkteurInnen aus verschiedenen Sektoren bei der Prävention von gewaltbareitem Extremismus vorsieht (OSZE).<sup>16</sup>

Die westlichen Balkanstaaten haben konkrete Koordinationsmechanismen für Themen rund um P/CVE eingeführt, die sich im Hinblick auf die Ansiedlung und Hierarchie von Land zu Land unterscheiden, sich aber hinsichtlich der Mission und Verpflichtungen durchaus ähneln. Während in Albanien und Nordmazedonien eigene Einrichtungen geschaffen wurden, sind diese Mechanismen im Kosovo und in Serbien im Innenministerium angesiedelt und in Bosnien und Herzegowina im Sicherheitsministerium.

### Albanien

Albanien hat ein Zentrum zur Bekämpfung von gewaltbareitem Extremismus (Center for Countering Violent Extremism, CVE Center) gegründet, das für den Aufbau von Kompetenzen, die behördenübergreifende Koordination von CVE-Aktivitäten sowie die Kontrolle der Umsetzung der nationalen CVE-Strategie verantwortlich ist.<sup>17</sup> Das albanische CVE Center arbeitet außerdem daran, in kommunalen Behörden für P/CVE zu sensibilisieren und die Arbeit der Interessengruppen in den entsprechenden Gemeinden beim Aufbau von lokalen Sicherheitsausschüssen (Local Safety Councils, LSCs) zu evaluieren. Diese LSCs bestehen aus PraktikerInnen an vorderster Front wie Lehrkräften, PsychologInnen, SoziologInnen und Community-Policing-BeamtenInnen sowie VertreterInnen religiöser Gemeinschaften. Das CVE Center arbeitet auch mit dem Personal in Gefängnissen und der Bewährungshilfe zusammen.<sup>18</sup> Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen Interessengruppen hauptsächlich auf die Rehabilitation und Wiedereingliederung ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien, die aus Syrien zurückkehren, konzentriert.<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> 'A Whole-of-Society Approach to Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism', 7, accessed 3 February 2023, [https://www.osce.org/files/f/documents/a/7/444340\\_0.pdf](https://www.osce.org/files/f/documents/a/7/444340_0.pdf)

<sup>17</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 'Albania Report 2021', 43,44, accessed 12 August 2022, [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/albania-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/albania-report-2021_en)

<sup>18</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 43,44.

<sup>19</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 43,44.



## Bosnien und Herzegowina

Das Sicherheitsministerium in Bosnien und Herzegowina ist die hauptverantwortliche Regierungsinstitution für P/CVE auf nationaler Ebene. Hier befindet sich auch ein eigenes Büro für die Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen in diesem Bereich. Wie in anderen westlichen Balkanstaaten unterstützen und implementieren verschiedene internationale Organisationen diverse P/CVE-Programme z. B. für Kapazitätsaufbau, Sensibilisierung, Entradikalisierung, Rückführung und Rehabilitation.

Eine Vielzahl von Interessengruppen beteiligt sich aktiv an der Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus und kümmert sich um zurückkehrende ausländische terroristische KämpferInnen und deren Familien.

Das Projekt „Institutional Strengthening: Establishing a Formal Referral Mechanism for Preventing Violent Extremism in Bosnia and Herzegovina“ (Institutionelle Stärkung: Aufbau eines formellen Verweismechanismus zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Bosnien und Herzegowina)<sup>20</sup> der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sieht die Arbeit mit Familien, den Medien, Arbeitsämtern, örtlichen Rathäusern, der Polizei, der islamischen Gemeinschaft und Jugendlichen vor. Ziel ist die Einführung eines Verweismechanismus, um gefährdete Personen frühzeitig zu identifizieren und angemessen zu reagieren.<sup>21</sup> Außerdem arbeiten internationale und lokale ZGO gemeinsam an der Umsetzung verschiedener P/CVE-Projekte und der Koordination der Bemühungen der Interessengruppen.

## Kosovo

Die Regierung des Kosovo hat den Innenminister zum Nationalen Koordinator für die Prävention von gewaltbereitem Extremismus und die Bekämpfung von Terrorismus ernannt. Er überwacht und koordiniert die interinstitutionellen P/CVE-Bemühungen.<sup>22</sup>

Darüber hinaus sind hier viele weitere AkteurInnen beteiligt und führen koordinierte Aktivitäten durch. Es muss darauf hingewiesen werden, dass zu den weiteren relevanten Interessengruppen die Zivilgesellschaft, lokale und internationalen Fachleute, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NRO) und die Islamische Gemeinschaft des Kosovo (BIK) zählen. Zivilgesellschaftliche Organisationen stellen im Kosovo zweifellos eine der wichtigsten Interessengruppen im Hinblick auf Sensibilisierung, Entradikalisierung und P/CVE dar. Die internationale Gemeinschaft spielt hauptsächlich beim Kapazitätsaufbau und der Beratung eine Rolle und es muss betont werden, dass ein Großteil der Finanzierung für lokale ZGO zur Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus von dort stammt.<sup>23</sup>

Die bestehenden Strategien beziehen den gesamtgesellschaftlichen P/CVE-Ansatz ein und den Handelnden vor Ort wurde mehr Verantwortung übertragen. Die lokale Ebene umfasst hier von den jeweiligen BürgermeisterInnen geleitete kommunale Sicherheitsausschüsse (Municipal Safety Councils, MSCs), an denen sich VertreterInnen des Gemeinderats, der Sicherheitsbehörden, ethnischer und religiöser Gruppen, ZGO, lokale Medien und Unternehmen beteiligen. Darüber hinaus wurde 2016 in einer Gemeinde der erste Verweismechanismus für P/CVE als Pilotprojekt gestartet. Er hat sich als erfolgreich erwiesen und soll in drei anderen Gemeinden übernommen werden.<sup>24</sup>

Im Gegensatz zu anderen Ländern erfolgt die Zusammenarbeit und Koordination der Aktivitäten zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen P/CVE-Interessengruppen im Kosovo hauptsächlich

---

<sup>20</sup> Damir Kapidži, 'BOSNIA AND HERZEGOVINA', 9, accessed 12 August 2022, [https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/01/Bosnia\\_CONNEKT\\_Approaches\\_to\\_extremism.pdf](https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/01/Bosnia_CONNEKT_Approaches_to_extremism.pdf).

<sup>21</sup> Kapidži, 9.

<sup>22</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 'Kosovo Report 2021', 19 November 2021, 44, [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/kosovo-report-2021\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/kosovo-report-2021_en).

<sup>23</sup> Lulzim Peci and Agon, 'Kosovo - Macro-Drivers of Radicalisation and Violent Extremism', *Connekt* (blog), 5, accessed 4 August 2022, <https://h2020connekt.eu/publications/mapping-the-drivers-of-radicalisation-in-the-light-of-state-dynamics-in-kosovo/>.

<sup>24</sup> Lulzim Peci and Agon, 5.

über die Abteilung für die Prävention und Wiedereingliederung radikalierter Personen (Division for the Prevention and Reintegration of Radicalized Persons, DPRRP). Diese Stelle wurde 2017 im Innenministerium geschaffen. Ihre Hauptaufgabe ist die sektorübergreifende nationale Koordination von Wiedereingliederungsmaßnahmen für aus dem Gefängnis entlassene (wegen Terrorismus verurteilte) StraftäterInnen. Beteiligt sind daran VertreterInnen des Innenministeriums, der Polizei, des Justizministeriums, des Ministeriums für Arbeit und Soziales, der Bewährungshilfe, des Strafvollzugs, der Kommunen sowie andere Interessengruppen.<sup>25</sup> In den letzten Jahren fand diese Zusammenarbeit bei der Rückführung ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien sowie bei der Wiedereingliederung, Rehabilitation und Resozialisierung statt. Eine Herausforderung bleibt die mangelnde strukturierte Risikobewertung durch einige wichtige Beteiligte wie Strafvollzug, Bewährungshilfe und Innenministerium, die nötig ist, um auf die Bedürfnisse und Gefahren durch RückkehrerInnen und rückgeführte BürgerInnen eingehen zu können.<sup>26</sup> Polizei und Geheimdienste haben jedoch bestehende Modelle wie VERA2 und ERG22 genutzt, um den Grad der Bedrohung, die von ausländischen terroristischen KämpferInnen ausgeht, zu bewerten.<sup>27</sup>

## Nordmazedonien

Nordmazedonien hat ein Nationales Komitee für die Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus und die Bekämpfung von Terrorismus (National Committee for Countering Violent Extremism and Countering Terrorism, NCCVECT), dessen Vorsitzender der Nationale Koordinator in diesem Bereich ist. In diesem Komitee vertreten sind wichtige Institutionen, die für die Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbarem Extremismus verantwortlich sind. Dazu gehören VertreterInnen aller Ministerien sowie der Polizei und der Nachrichtendienste.<sup>28</sup> Das Gremium ist für die Koordination der interinstitutionellen Zusammenarbeit auf nationaler und lokaler Ebene verantwortlich. In der Praxis hat das NCCVECT Sensibilisierungsaktivitäten zum nationalen CVE-Maßnahmenplan durchgeführt, um die Umsetzungsmöglichkeiten zu verbessern.<sup>29</sup>

## Serbien

In Serbien ist hauptsächlich das Innenministerium für die Umsetzung der Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus verantwortlich. Weitere relevante Interessengruppen sind der Geheimdienst, verschiedene Ministerien sowie AkteurInnen aus dem privaten Sektor und aus der Zivilgesellschaft.<sup>30</sup> In der Strategie zur Bekämpfung von Terrorismus für die Jahre 2017–2021 betont Serbien die Beteiligung von ZGO als Mitarbeitende und manchmal auch als Partner bei der Prävention von gewaltbarem Extremismus. Laut Untersuchungen des Helsinki Committee for Human Rights in Serbien ist jedoch das Misstrauen, das AkteurInnen aus dem Sicherheitsbereich den ZGO entgegenbringen, eine Herausforderung.<sup>31</sup> Trotzdem gibt es auf lokaler Ebene P/CVE-Bemühungen. Ein Beispiel ist das DamaD-Zentrum in Novi Pazar, das die Entwicklung eines Verweismechanismus anbot und unterstützte, der verschiedene lokale Beteiligte zusammenbringt (z. B. Polizei, Strafverfolgung, Schulen, Sportvereine, religiöse Institutionen, Medien, ZGO).<sup>32</sup>

---

<sup>25</sup> Qena, CSO stakeholder questionnaire.

<sup>26</sup> Ardit Orana and Skender Perteshi, 'Disengagement, Rehabilitation and Reintegration of Foreign Terrorist Fighters', 10, accessed 12 August 2022, <https://qkss.org/en/publikimet/disengagement-rehabilitation-reintegration-foreign-terrorist-fighters>

<sup>27</sup> Ardit Orana and Skender Perteshi, 10.

<sup>28</sup> Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations, 'North Macedonia Report 2021', 40, accessed 16 August 2022, [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/north-macedonia-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/north-macedonia-report-2021_en).

<sup>29</sup> 'North Macedonia', *United States Department of State* (blog), accessed 16 August 2022, <https://www.state.gov/reports/country-reports-on-terrorism-2020/north-macedonia/>.

<sup>30</sup> 'Uspon desnice: slučaj Srbija – Ekstremizam, terorizam, strani borci', *helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji*, 2022, 56,57, <https://www.helsinki.org.rs/serbian/doc/Uspon%20desnice%20-%20slucaj%20Srbija.pdf>

<sup>31</sup> 'Uspon desnice: slučaj Srbija – Ekstremizam, terorizam, strani borci', 46.

<sup>32</sup> 'Referalni-Mehanizam-Za-Prevenciju-i-Suzbijanje-Ekstremizma-i-Radikalizma.Pdf', accessed 1 November 2022, <https://www.kcdamad.org/wp-content/uploads/2019/09/Referalni-mehanizam-za-prevenciju-i-suzbijanje-ekstremizma-i-radikalizma.pdf>

Wie in Albanien und Bosnien und Herzegowina hat in den letzten Jahren eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden und anderen Interessengruppen im Hinblick auf Rückführung, Wiedereingliederung und Rehabilitation von RückkehrerInnen aus Syrien stattgefunden.<sup>33</sup>

### c) Behördenübergreifende und multidisziplinäre Ansätze in den westlichen Balkanstaaten

Die westlichen Balkanstaaten erkannten die Notwendigkeit einer umfassenden Herangehensweise an P/CVE. Für eine effektive Erbringung von P/CVE-Leistungen und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen allen Interessengruppen führten sie einen behördenübergreifenden/multidisziplinären Ansatz ein, der entscheidend ist, um Präventivmaßnahmen zum Schutz der BürgerInnen vor extremistischen Ideologien umzusetzen.

Im Folgenden werden Modelle von Verweismechanismen, die derzeit in westlichen Balkanstaaten entwickelt werden, präsentiert, in deren Rahmen die Zusammenarbeit von Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden mit anderen Interessengruppen sowie deren Beteiligung stattfindet.

Der Kosovo ist das erste Land im Westbalkan, das 2016 einen Verweismechanismus als Pilotprojekt in einer von Extremismus betroffenen Gemeinde einführte. Im Rahmen dieses Verweismechanismus in der Gemeinde Gjilan wird ein multidisziplinärer und ganzheitlicher Ansatz für gesellschaftliches Engagement und Community Policing verfolgt, an dem alle Bereiche der Gesellschaft beteiligt sind. Er baut auf der bestehenden Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden, der Polizei und der örtlichen Gemeinschaft auf, um Überweisungen von Personen zu ermöglichen, bei denen die Gefahr des gewaltbereiten Extremismus besteht. Dabei sollen Art und Umfang dieser Gefahr bewertet und geeignete Unterstützungsmaßnahmen für die Betroffenen entwickelt werden. Der Verweismechanismus in Gjilan dient der frühzeitigen Identifikation von Personen, die anfällig für Radikalisierung sind, um diese zu vermeiden. Er umfasst daher keine tertiären Prozesse der Resozialisierung und Wiedereingliederung. Am Verweismechanismus beteiligt sind VertreterInnen auf lokaler Ebene, die im Alltag in engem Kontakt zur Gemeinschaft stehen, wie KommunalbeamteInnen, Polizei, Strafvollzug, MitarbeiterInnen des Bildungsministeriums, Schulen, Sozialamt, religiöse Gemeinschaften, PsychologInnen und Elternbeiräte. Externe Partner, mit denen bei diesem Verweismechanismus zusammengearbeitet wird, sind NRO, andere Vollzugsinstitutionen, kommunale Sicherheitsforen, MedienvertreterInnen und Jugendorganisationen.<sup>34</sup>

Der Verweismechanismus hat fünf wesentliche Aufgabenbereiche, bei denen stets die Prinzipien der Vertraulichkeit und des Datenschutzes eingehalten werden müssen:

1. Frühe Identifikation gefährdeter Personen
2. Bewertung der Art des Risikos und Festlegung von Maßnahmen zur Behandlung in Form eines Unterstützungspakets
3. Umsetzung des Unterstützungspakets (Maßnahmen zur Behandlung)
4. Sicherstellung, dass die Person eine angemessene Beratung und Unterstützung erhalten hat
5. Evaluation der Effektivität der Umsetzung des Pakets

Prozess des Verweismechanismus:

- Der Verweisprozess umfasst die Phase der Identifizierung von Personen, die anfällig für Radikalisierung sind. Diese erfolgt durch verschiedene AkteurInnen in der Gesellschaft, die eine

---

<sup>33</sup> Azinovic, Expert stakeholder questionnaire.

<sup>34</sup> Interview mit Luan Keka.

vorherige Schulung absolviert haben, insbesondere zum Erkennen von Anzeichen für Risiken und Anfälligkeit. Dazu gehören Polizei, Familienangehörige, Gleichaltrige, Lehrkräfte oder PsychologInnen, ÄrztInnen im örtlichen Gesundheitszentrum, VertreterInnen religiöser Einrichtungen und SporttrainerInnen.<sup>35</sup>

- Nach Abschluss der Identifikationsphase beginnt die Phase der Fallbesprechung. Darin sammeln die am Verweismechanismus Beteiligten Informationen zur Anfälligkeit der Person für Radikalisierung. Dies umfasst auch eine Analyse der Bedürfnisse der Person sowie eine Risikobewertung.
- In der nächsten Phase findet die Überweisung zur Unterstützung statt. Hier wird die Bereitstellung von Unterstützung anhand der Identifikation der Bedürfnisse der Person, der Risikobewertung und der Ermittlung der Notwendigkeit einer Unterstützung bewertet. In dieser Phase entscheiden die am Verweismechanismus Beteiligten durch Mehrheitsbeschluss, ob die Bereitstellung von Unterstützung fortgesetzt werden soll, wenn die Person gefährdet ist. Falls die Einschätzung lautet, die Person sei nicht anfällig für Radikalisierung, oder wird sie von einer anderen Institution unterstützt, können die Beteiligten entscheiden, die Bereitstellung des Unterstützungspakets nicht fortzusetzen. In Fällen, in denen beschlossen wird, Unterstützung zu bieten, prüfen und definieren die am Verweismechanismus Beteiligten anhand der Analyse der Bedürfnisse das Unterstützungspaket (Definition des Unterstützungspakets), das der jeweiligen Person angeboten wird. Dieses kann soziale Unterstützung, Aus- und Weiterbildung, psychologische Beratung usw. beinhalten.
- Wenn ein entsprechendes Unterstützungspaket entworfen wird, wird der überwiesenen Person dieses Paket angeboten (Bereitstellung des Unterstützungspakets). Anschließend werden der Fortschritt beobachtet und die Anfälligkeit überprüft, um festzustellen, ob durch das Paket eine angemessene Unterstützung erbracht wurde und die Person den Mechanismus verlassen kann (Ausstieg) oder ob das Paket nicht erfolgreich war und die Person den Verweisprozess noch einmal durchlaufen (Wiederholung) oder an andere Institutionen überwiesen werden muss. In Fällen mit einem hohen Risiko wird die Person für weitere Maßnahmen an die Polizei überwiesen.

Der Verweismechanismus im Kosovo gilt als erfolgreiches Pilotmodell für P/CVE und sollte in anderen von Radikalisierung und Extremismus betroffenen Gemeinden ebenfalls eingeführt werden. Angesichts der steigenden Zahl von zurückkehrenden ausländischen terroristischen KämpferInnen und ihren Familien und der Notwendigkeit, die Abteilung für Prävention und Wiedereingliederung im Innenministerium aufzubauen und zu stärken, konzentrieren sich die Bemühungen nun jedoch auf nationaler Ebene. Daher konnte der Verweismechanismus nicht auf andere Kommunen ausgeweitet werden.<sup>36</sup> Laut dem lokalen Experten Mensur Hoti ist die Erweiterung auf weitere Gemeinden und die Einführung des britischen Verweismechanismus („Channel“-Modell) geplant, der derzeit in der Gemeinde Han i Elezit getestet wird.

Durch die Einführung des Verweismechanismus wurden die Beteiligung der lokalen Ebene und der multidisziplinäre Ansatz bei der Identifikation der Bedürfnisse und der Umsetzung des Programms zum Schutz anfälliger Personen vor extremistischen Ideologien erreicht. Der Verweismechanismus in Gjilan hat Kooperation, Koordination und echte Kommunikation zwischen allen Institutionen auf lokaler Ebene, mit dem BIK und insbesondere den Bildungseinrichtungen ermöglicht, die die Kommunikation mit den Eltern verstärkt haben, um Bedenken anzusprechen und Aktivitäten zu koordinieren. Laut den an der Verwaltung des Programms Beteiligten wurden bis 2018 zehn Fälle behandelt, in denen fast immer eine weitere Radikalisierung vermieden werden konnte.<sup>37</sup> Es gibt jedoch Herausforderungen wie die mangelnde Finanzierung für die Umsetzung von Präventionsprogrammen sowie die ungenügende Erfahrung aller am Verweismechanismus Beteiligten. Laut dem Bericht für das Jahr 2022 wurden sieben Fälle von Minderjährigen, die Zeichen von Radikalisierung zeigten, behandelt.<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Luan Keka, Government stakeholder questionnaire.

<sup>36</sup> Interview mit Luan Keka.

<sup>37</sup> 'Understanding Referral Mechanisms in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism', 103, accessed 7 March 2023, <https://www.osce.org/files/f/documents/7/4/418274.pdf>

<sup>38</sup> Mensur Hoti, Government stakeholder questionnaire, 4 August 2023.

Der Verweismechanismus von Gjiilan konzentriert sich auf die Identifikation von Personen, die anfällig für extremistische Ideologien und Radikalisierung sind. Die Rückkehr ausländischer KämpferInnen und ihrer Familien aus Konfliktzonen macht jedoch die Entwicklung von Programmen in den Bereichen Wiedereingliederung und Resozialisierung sowie die Einbeziehung lokaler ZGO nötig.

Derzeit läuft die Übertragung von Verantwortungsbereichen von der DPRRP an die lokale Ebene. Daher wurde die Implementierung des Verweismechanismus in der Gemeinde Han i Elezit begonnen (die Ausweitung auf weitere Kommunen soll demnächst erfolgen). Basis ist das britische Channel-Modell, das im Folgenden näher erläutert wird. An diesem Mechanismus sind relevante AkteurInnen auf lokaler Ebene beteiligt, unter anderem Gesundheitswesen, psychologische Unterstützungsangebote, Sozialdienste und Bildungsangebote, Polizei usw.<sup>39</sup> Nachdem nationale und lokale kosovarische P/CVE-Ersthelferteams einige Studienreisen ins Vereinigte Königreich unternommen hatten, um sich über das Modell zu informieren, und sie von den britischen Fachleuten im Kosovo in Schulungen unterwiesen wurden, wurde aufgrund der Ähnlichkeiten beim Community-Policing-Ansatz der Strafverfolgung im Kosovo mit dem britischen Modell und der von der britischen Regierung angebotenen Unterstützung beschlossen, das Channel-Modell zu implementieren.

Aufgabe des Verweismechanismus wird sein, Personen zu unterstützen und zu schützen, die durch gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus gefährdet oder dafür anfällig sind.

Im Gegensatz zum britischen Channel-Modell, das sich hauptsächlich auf gefährdete und für extremistische Ideologien anfällige Personen konzentriert, umfasst der Mechanismus in Han i Elezit auch die Resozialisierung und Wiedereingliederung von RückkehrerInnen aus Konfliktzonen sowie aus dem Gefängnis entlassene Personen, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden.<sup>40</sup>

### Channel-Modell im Vereinigten Königreich

Channel ist ein freiwilliges, vertrauliches Programm, das Personen schützt, die als anfällig für Terrorismus identifiziert wurden. Es handelt sich um einen behördenübergreifenden Ansatz, an dem SozialarbeiterInnen, Schulen, Universitäten und andere Hochschulen, Stellen, die sich um jugendliche StraftäterInnen kümmern, Dienste für Kinder und Erwachsene, lokale Schutzeinrichtungen, die Leitungen lokaler Behörden zum Schutz von Erwachsenen und/oder Kindern, „Early Help“-Dienste, der im Innenministerium angesiedelte Grenzschutz (Immigration Enforcement, UK Visas and Immigration), Stellen, die sich um die Unterbringung kümmern, Strafvollzug und Bewährungshilfe beteiligt sind.<sup>41</sup>

Im Rahmen von Channel sind folgende Verantwortungsbereiche und Ziele festgelegt:

- Gefährdete Personen identifizieren
- Art und Umfang der Gefahr bewerten
- Geeigneten Unterstützungsplan für die Betroffenen entwickeln

Die Rolle der Polizei konzentriert sich im Channel-Modell hauptsächlich auf Risikobewertung und -management. Dies sollte zusätzlich zur Analyse der Bedürfnisse der betroffenen Person stattfinden. Darüber hinaus dient die Polizei aufgrund ihrer sonstigen Aufgaben als Anlaufstelle zur Weiterleitung von Fällen.

---

<sup>39</sup> Hoti, Government stakeholder questionnaire, 30 July 2022.

<sup>40</sup> Hoti.

<sup>41</sup> 'Channel Duty Guidance: Protecting People Vulnerable to Being Drawn into Terrorism', 7, accessed 24 August 2022, [https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/964567/6.6271\\_HO\\_HMG\\_Channel\\_Duty\\_Guidance\\_v14\\_Web.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/964567/6.6271_HO_HMG_Channel_Duty_Guidance_v14_Web.pdf)

Nordmazedonien hat 2019 mit der Implementierung des Verweismechanismus „Passage4prevent“ begonnen. Dies ist ein behördenübergreifender Mechanismus zur Weiterleitung von Personen, bei denen die Gefahr einer Radikalisierung besteht, die zu gewaltbereitem Extremismus führen kann. Dieser Verweismechanismus wurde im Rahmen des Projekts „Educate to Prevent – Strengthening Front-line School Workers and Parents to Build Youth Resilience to Violent Extremism“ entwickelt, das vom Centre for Research and Policy Making (CRPM) gemeinsam mit CED und NEXUS umgesetzt wurde. Finanziert wurde es von der EU im Rahmen des Programms „STRIVE Global“, das von Hedayah, einem Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus, verwaltet wird.<sup>42</sup>

Dieser Verweismechanismus ist auf Gemeinschaftsebene verankert und sieht eine behördenübergreifende Struktur vor, die Risikobewertung und Unterstützung für betroffene Personen aus unterschiedlichen Richtungen ermöglicht: psychologisch, pädagogisch, sozial, gesundheitlich, kulturell und religiös. Passage4prevent beinhaltet nicht die Schaffung eines speziellen Mechanismus, sondern ist nur eine Erweiterung der bestehenden Mechanismen auf lokaler Ebene für andere Probleme wie häusliche Gewalt, mit einem Unterschied: Die Polizei hat keinen direkten Zugang zu den überwiesenen Personen, da Extremismus als präkriminelle Phase betrachtet wird.<sup>43</sup>

Mithilfe von Zuschüssen des Global Community Engagement & Resilience Fund (GCERF) für Kapazitätsaufbau und Unterstützung für zurückgekehrte ausländische terroristische KämpferInnen und ihre Familien (psychosoziale Unterstützung und Kompetenzentwicklung) verfolgt ein Konsortium nordmazedonischer ZGO verschiedene P/CVE- sowie Wiedereingliederungs- und Rehabilitationsaktivitäten.<sup>44</sup> Eine beispielhafte zivilgesellschaftliche Organisation ist NEXUS. Diese ist neben dem Entwurf von Dokumenten an Aktivitäten wie den folgenden beteiligt:

- Überwachung und Evaluation der bestehenden Strategien und Maßnahmenpläne
- Aktive Beteiligung am Entwurf der neuen nationalen Strategien für CVE und Terrorismusbekämpfung und der zugehörigen Maßnahmenpläne
- Organisation von Veranstaltungen in bestimmten Gemeinden, in denen zurückgekehrte ausländische terroristische KämpferInnen und deren Familien leben, zu unterschiedlichen Themen wie verschiedene Formen von Gewalt, grundlegende Kinderrechte, Recht auf Rehabilitation und Wiedereingliederung anfälliger Personen sowie Sensibilisierung der Gemeinschaften für die Wiedereingliederung ehemaliger gewalttätiger extremistischer StraftäterInnen und ihrer Familien
- Vorbereitung und Entwurf sämtlicher Dokumente für Kräfte an vorderster Front in Übereinstimmung mit dem Nationalen Plan für Rehabilitation und Wiedereingliederung und in Abstimmung mit dem Nationalen Komitee und lokalen multidisziplinären Teams:
  - Fragebogen zur Bewertung des Grades der Radikalisierung von Personen, die den Prozess der Rehabilitation und Wiedereingliederung durchlaufen
  - Standardverfahren für die Arbeit mit RückkehrerInnen und ihren Familien
  - Leitfaden zu Symbolen, die auf eine frühe Radikalisierung in der Gemeinschaft hinweisen
  - Standardisierte Herangehensweise an Rehabilitation, Resozialisierung und Wiedereingliederung von KämpferInnen, die von Schlachtfeldern im Ausland zurückkehren, und ihren Familien
  - Standardisiertes CVE-Modell
  - Leitfaden 1: Radikalismus und Radikalisierung: grundlegende Begriffe und Merkmale des Phänomens
  - Leitfaden 2: Prävention von Radikalisierung
  - Leitfaden 3: Rehabilitation von gewaltbereitem Extremismus und Radikalisierung

---

<sup>42</sup> 'Passage4Prevent-Prelom-Ang.Pdf', 5, accessed 16 August 2022, <http://www.crpm.org.mk/wp-content/uploads/2019/07/Passage4Prevent-prelom-ang.pdf>

<sup>43</sup> 'Passage4Prevent-Prelom-Ang.Pdf', 18.

<sup>44</sup> 'North Macedonia', GCERF (blog), 5 January 2022, <https://www.gcerf.org/north-macedonia/>.

Diese Dokumente sind nicht öffentlich zugänglich und dienen nur zur internen Verwendung im Nationalen Komitee<sup>45</sup> für CVE und Terrorismusbekämpfung sowie bei den nationalen Institutionen und Stellen, die sich mit diesem Problem befassen.<sup>46</sup>

Serbien hat 2018 damit begonnen, einen behördenübergreifenden Verweismechanismus auf lokaler Ebene (in der Gemeinde Novi Pazar) einzuführen. Der Verweismechanismus zur Prävention und Kontrolle von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus ist ein umfassendes Rahmenwerk für institutionelle Maßnahmen und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen AkteurlInnen in Novi Pazar (Institutionen und Dienste, Gremien, lokale Behörden, religiöse Gemeinschaften, NRO, Medien und andere), basierend auf bestehenden Mandaten und Verantwortlichkeiten. Die Zwecke des Verweismechanismus sind die präventive/proaktive Arbeit zur Vermeidung und Beseitigung von Gefahren und zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, wenn sie der Gefahr einer Radikalisierung ausgesetzt sind, die reaktive/Interventionsarbeit zur frühzeitigen Erkennung möglicher Verbindungen zu Extremismus und Radikalisierung sowie eine effektive Reaktion, bevor Straftaten begangen werden.

Der Verweismechanismus hat die folgenden Hauptziele:

- Sicherstellen, dass die Menschenrechte von Kindern/Jugendlichen geachtet werden, bei denen die Gefahr von Extremismus und Radikalisierung besteht oder die damit zu tun haben, und effiziente Hilfe innerhalb der jeweiligen Institutionen ermöglichen
- Überweisung an andere Stellen ermöglichen, wenn dies im besten Interesse der Kinder/Jugendlichen ist, bzw. an die Koordinierungsstelle der Kommune, falls eine Stelle den Fall nicht allein bearbeiten kann
- Bemühungen synchronisieren, um die lokale Politik und die Verfahren im Hinblick auf eine Vielzahl von Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen für die menschliche und gesellschaftliche Sicherheit in der Gemeinde zu verbessern
- Daten zu den erbrachten Leistungen erfassen und Anforderungen identifizieren, um die Politik in Bezug auf Probleme wie Extremismus und Radikalisierung zu verbessern<sup>47</sup>

Die relevanten Beteiligten am Verweismechanismus lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: Die **primären Beteiligten** sind Institutionen/Organisationen, die direkt mit Kindern und Jugendlichen arbeiten oder mit diesen zu tun haben und täglich je nach Auftrag verschiedene Arten von Diensten erbringen. Alle primären Beteiligten können eine erste Anlaufstelle, also ein Einstieg in das System zur Erbringung von Diensten sein. Dieses umfasst die örtliche Polizei, Schulen, religiöse Gemeinschaften, Zentren für Sozialarbeit, Sportverbände, Gesundheitsinstitutionen, Strafverfolgung, Gerichte, NRO und die Medien. **Sekundäre Beteiligte** sind PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen sowie Organe und Stellen, die die Qualität der Dienstleistung durch die Verteilung von Geldern und andere strategische Entscheidungen beeinflussen können. Dies sind die Stadt Novi Pazar, der lokale Sicherheitsausschuss, der Rat für die Gleichstellung der Geschlechter, die Ministerien für Kultur, Bildung, Inneres, Arbeit und Soziales usw.<sup>48</sup> Die Rolle der Polizei beschränkt sich innerhalb des Verweismechanismus hauptsächlich auf Community Policing. Sie dient als Anlaufstelle für die Überweisung von Fällen durch BürgerInnen und andere AkteurlInnen.

---

<sup>45</sup>In diesem Komitee vertreten sind wichtige Institutionen, die für die Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus zuständig sind. Dazu gehören VertreterInnen aller Ministerien (insbesondere Gesundheit, Bildung, Kultur und Soziales) sowie der Polizei und der Geheimdienste.

<sup>46</sup> Afrodita Musliu, CSO stakeholder questionnaire, n.d.

<sup>47</sup> 'Referalni-Mehanizam-Za-Prevenciju-i-Suzbijanje-Ekstremizma-i-Radikalizma.Pdf', 13.

<sup>48</sup> 'Referalni-Mehanizam-Za-Prevenciju-i-Suzbijanje-Ekstremizma-i-Radikalizma.Pdf', 15.

## Herausforderungen und Erfordernisse

Ein Blick auf die institutionelle Struktur und den rechtlichen Rahmen in den westlichen Balkanstaaten zeigt, dass alle Länder einen Rechtsrahmen sowie nationale Strategiepapier und Maßnahmenpläne für P/CVE eingeführt haben. In den meisten Ländern werden diese Strategien gerade geprüft und umformuliert oder dies ist bereits geschehen. Alle westlichen Balkanstaaten beteiligen sich am *Gemeinsamen Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung für den westlichen Balkan*<sup>49</sup>, der einen umfassenden Plan mit fünf Zielen vorsieht, darunter Kapazitätsaufbau, Gesetzgebung und Harmonisierung der Politik auch im Hinblick auf P/CVE.<sup>50</sup>

Die Strafverfolgung (Polizei) und andere Sicherheitsbehörden spielen in allen westlichen Balkanstaaten eine wichtige Rolle bei P/CVE. Dies liegt unter anderem an dem von den Regierungen in der Vergangenheit verfolgten sicherheitsbasierten Ansatz im Umgang mit gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus, aber auch an den vorhandenen Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden, da es deren Aufgabe ist, für Sicherheit zu sorgen.

Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden sind in den westlichen Balkanstaaten hauptsächlich in die Tertiär- und Sekundärprävention involviert.<sup>51</sup> Die institutionelle Struktur und der rechtliche Rahmen in den meisten westlichen Balkanstaaten erlauben generell die Weiterentwicklung der Rolle der Polizei und die Verbesserung der Zusammenarbeit bei P/CVE mit anderen Interessengruppen, auch wenn Interventionen durch Primär- und Sekundärgesetzgebung nötig sind. Es gibt in manchen Kommunen der westlichen Balkanstaaten zwar Anreize zum Aufbau bereichsübergreifender oder multidisziplinärer Mechanismen für P/CVE, aber dabei bestehen die im Folgenden noch genauer erläuterten Herausforderungen.

### Die wichtigsten Herausforderungen bei P/CVE

- Mangelndes Vertrauen gegenüber Teilen der Zivilgesellschaft und anderen Interessengruppen wie Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene, die nicht direkt in Sicherheitsthemen involviert sind, z. B. PsychologInnen, PsychiaterInnen, SozialarbeiterInnen und Mitarbeitende der kommunalen Behörden
- Ungenügende Kapazitäten auf lokaler Ebene wie begrenzte Ressourcen von BewährungshelferInnen, SozialarbeiterInnen oder SchulpsychologInnen
- Mangel an systematischen Vorgehensweisen und Methoden der Risikobewertung zwischen den für P/CVE zuständigen Interessengruppen
- Mangelnder Informationsaustausch zwischen Strafverfolgung/Polizei, PraktikerInnen auf lokaler Ebene und ZGO
- Mangel an gemeinsamen Protokollen für die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Behörden<sup>52</sup>
- Politische Instabilität in den westlichen Balkanstaaten
- Mangelnde Sensibilisierung und Bewusstsein für Themen mit P/CVE-Bezug bei der Polizei<sup>53</sup>
- Mangel an effektiven Mechanismen zur Überwachung und Evaluation der Koordination und Durchführung von Aktivitäten<sup>54</sup>
- Problem der Nachhaltigkeit und mangelnde Finanzierung der Mechanismen
- Politische MandatsträgerInnen in nationalen CVE-Zentren, die die Kontinuität der behördenübergreifenden Arbeit nach einem Regierungswechsel behindern

<sup>49</sup> Europäische Kommission, 2018, Gemeinsamer Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung für den westlichen Balkan, [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2018-10/20181005\\_joint-action-plan-counter-terrorism-western-balkans.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2018-10/20181005_joint-action-plan-counter-terrorism-western-balkans.pdf)

<sup>50</sup> Arber Fetiu and Diana Mishkova, '31.12.2020 Diana Mishkova, Simeon Evstatiev', n.d., 6, <https://www.prevev-balkan-mena.eu/wp-content/uploads/2021/01/D5.1-Policy-brief-the-Balkans-1.pdf>

<sup>51</sup> 'NSCITF-Report-on-Countering-Violent-Extremism.Pdf', n.d., 15,16.

<sup>52</sup> <http://www.crpm.org.mk/wp-content/uploads/2019/07/Passage4Prevent-prelom-ang.pdf>, 18.

<sup>53</sup> Qena, CSO stakeholder questionnaire.

<sup>54</sup> Fetiu and Mishkova, '31.12.2020 Diana Mishkova, Simeon Evstatiev', 18.



## Stärken der Rolle der Strafverfolgungsbehörden und deren Zusammenarbeit mit anderen P/CVE-AkteurInnen in den westlichen Balkanstaaten

In den westlichen Balkanstaaten ist die Strafverfolgung, also die Polizei, Teil behördenübergreifender Arbeitsgruppen im Bereich der Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbareitem Extremismus und Terrorismus führt – ob im Rahmen von Community Policing, MSCs, LSCs oder Verweismechanismen auf lokaler Ebene. Auf nationaler Ebene sind auf Terrorismusbekämpfung und Geheimdienstinformationen spezialisierte VertreterInnen involviert.

Die Polizei kann bei diesen behördenübergreifenden Mechanismen eine wichtige Rolle spielen. Zu den Bereichen, in denen die Polizei mit anderen AkteurInnen zusammenarbeitet und einen Beitrag leisten kann, gehören die Rückführung ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien, das Risikomanagement sowie die Resozialisierung, Wiedereingliederung und Rehabilitation.

- Risikomanagement und Resozialisierung<sup>55</sup>

Die Rolle und Verantwortung der Polizei, ein sicheres Umfeld in der Gemeinschaft zu schaffen, hat den Vorteil, dass sie Vertrauen aufbauen kann und die Möglichkeit hat, die Gemeinschaft zu beeinflussen, insbesondere durch Community Policing sowie die Interaktion mit lokalen Institutionen und verschiedenen Ebenen der Gemeinschaft. Diese Faktoren verleihen der Polizei eine wichtige Rolle beim Risikomanagement und der Resozialisierung entlassener StraftäterInnen, die wegen extremistischer Gewalttaten verurteilt wurden. Obwohl Risikomanagement und Resozialisierung nicht in der Verantwortung der Polizei liegen – weder in der Phase vor der Haftentlassung noch danach –, kann diese durch die Zusammenarbeit mit Strafvollzug und Bewährungshilfe eine Rolle spielen. Zu Beginn der Haftzeit kann die Polizei individuelle Risiko-/Bedrohungsbewertungen über die extremistischen StraftäterInnen mit der Gefängnisleitung teilen. Diese Bewertungen dienen dazu, maßgeschneiderte Programme zur Entradikalisierung während der Haft zu entwerfen und mit Sicherheitsbedenken im Gefängnis richtig umzugehen. Dasselbe Verfahren und eine ähnliche Zusammenarbeit sind mit der Bewährungshilfe vor und nach der Entlassung aus der Haft möglich. Die Polizei hat beispielsweise dadurch, dass sie in der Gemeinschaft täglich für Sicherheit sorgt, mit wichtigen lokalen AkteurInnen beim Thema Sicherheit zusammenarbeitet und Zugang zu verschiedenen Ebenen der Gemeinschaft hat, mit denen sie interagiert, eine einzigartige Position innerhalb dieser Gemeinschaft. Dies ermöglicht es ihr, einen Beitrag zum Risikomanagement und zur Resozialisierung entlassener gewalttätiger extremistischer StraftäterInnen zu leisten.<sup>56</sup>

Wie bereits erwähnt ist der Strafvollzug für Risikomanagement und Resozialisierung verantwortlich und Programme zur Entradikalisierung können in Haftanstalten auch in Zusammenarbeit mit NRO und ZGO durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf der in den westlichen Balkanstaaten geltenden rechtlichen Grundlage keine Beteiligung der Polizei in Gefängnissen vorgesehen. Es gibt jedoch Modelle, bei denen die Polizei in der Phase vor der Haftentlassung eine Rolle spielt, z. B. in Aarhus (Dänemark). Der dortige Ansatz ermöglicht der örtlichen Polizei Besuche bei Häftlingen, wodurch sie in einer frühen Phase des Entradikalisierungsprozesses und im Rahmen der Resozialisierung während der Haft eine vertrauensvolle Beziehung aufbauen kann, die nach der Entlassung weiter gepflegt werden kann.<sup>57</sup> Diese Vorgehensweise liefert der Polizei außerdem hilfreiche Informationen, die sie an SozialarbeiterInnen weitergeben kann, die nach der Haftentlassung hinzugezogen werden. Dies erleichtert die Wiedereingliederung in die Gemeinschaft.

---

<sup>55</sup> 'GCERF-Strategy-for-Investment-in-the-Western-Balkans.Pdf', 3, accessed 3 February 2023, <https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2015/12/GCERF-Strategy-for-Investment-in-the-Western-Balkans.pdf>

<sup>56</sup> [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran\\_pol\\_role\\_do\\_police\\_play\\_in\\_resocialisation\\_marseille\\_20190520\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran_pol_role_do_police_play_in_resocialisation_marseille_20190520_de.pdf), 4.

<sup>57</sup> [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran\\_pol\\_role\\_do\\_police\\_play\\_in\\_resocialisation\\_marseille\\_20190520\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran_pol_role_do_police_play_in_resocialisation_marseille_20190520_de.pdf), 4.

### Aarhus-Modell – Dänemark<sup>58</sup>

Im Rahmen dieses Modells finden Interventionen auf zwei Ebenen statt: in der allgemeinen Bevölkerung und bei Einzelpersonen.

Interventionen in der allgemeinen Bevölkerung:

- Sensibilisierung von PraktikerInnen und der Öffentlichkeit durch Informationsgespräche und Workshops für Fachkräfte und Lehranstalten
- Beinhaltet die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften sowie einen respektvollen, positiven Dialog mit religiösen Instanzen, Kulturverbänden und anderen wichtigen AkteurInnen in lokalen Gemeinschaften

Individuelle Interventionen:

- Mitarbeitende der Taskforce mit Direktkontakt führen Risikobewertungen von Einzelpersonen und Gruppen durch.
- Fachkräfte werden zum Umgang mit Fällen, die mit Radikalisierung zusammenhängen, beraten.
- Einzelpersonen und Familien werden in Fällen im Zusammenhang mit Radikalisierung beraten.
- Bei Personen, bei denen die Gefahr einer Radikalisierung oder der Beteiligung an gewaltbereitem Extremismus besteht, findet ein Mentoring statt.
- Für ausländische KämpferInnen und ihre Familien werden Notfallpläne aufgestellt.

Dieses Modell gilt als einfach, leicht anzuwenden – insbesondere in kleinen Gemeinden – und, was noch wichtiger ist, es minimiert die Stigmatisierung bestimmter Gemeinschaften. Daher denken wir, dass dies eines von vielen Modellen ist, die in den westlichen Balkanstaaten zum Einsatz kommen könnten.

- Rückführung, Wiedereingliederung und Rehabilitation

Wie im Abschnitt zuvor bereits erwähnt spielt die Strafverfolgung, zusammen mit anderen Interessengruppen wie ZGO, der lokalen Gemeinschaft, religiösen VertreterInnen, den Medien usw., in den westlichen Balkanstaaten eine wesentliche Rolle bei der Terrorismusbekämpfung und bei P/CVE. Im aktuellen Kontext fällt der Polizei eine wichtige Aufgabe bei der Rückführung ausländischer terroristischer KämpferInnen zu, insbesondere hinsichtlich der Bedrohungsbewertung und der Koordination des Rückführungsprozesses von KämpferInnen und ihren Familien aus Syrien.

Dies galt insbesondere für die Länder Albanien, Nordmazedonien und Kosovo, die sich um die Rückführung von BürgerInnen (ausländische terroristische KämpferInnen und ihre Familien) aus Syrien kümmerten. Darüber hinaus ist die Polizei einer der Hauptakteure beim Risikomanagement und der Risikobewertung in Zusammenarbeit mit Gefängnissen und der Bewährungshilfe in der Phase vor der Haftentlassung. In der Phase nach der Entlassung kooperiert sie im Kosovo eng mit dem multidisziplinären Mechanismus für Wiedereingliederung und Rehabilitation der DPRRP im Innenministerium.<sup>59</sup>

Diese Zusammenarbeit findet insbesondere bei der Tertiärprävention<sup>60</sup> statt, wo durch maßgeschneiderte Programme gemeinsame Ziele hinsichtlich Ausstieg, Entradikalisierung, Wiedereingliederung und

---

<sup>58</sup> 'Aarhus Model: Prevention of Radicalisation and Discrimination in Aarhus', accessed 16 October 2022, [https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/radicalisation-awareness-network-ran/collection-inspiring-practices/ran-practices/aarhus-model-prevention-radicalisation-and-discrimination-aarhus\\_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/radicalisation-awareness-network-ran/collection-inspiring-practices/ran-practices/aarhus-model-prevention-radicalisation-and-discrimination-aarhus_en)

<sup>59</sup>Abteilung für die Prävention und Wiedereingliederung radikalisierter Personen (Division for the Prevention and Reintegration of Radicalized Persons, DPRRP), Innenministerium des Kosovo

<sup>60</sup> 'NSCITF-Report-on-Countering-Violent-Extremism.Pdf', 2.

Rehabilitation gewalttätiger extremistischer und terroristischer StraftäterInnen, zurückgekehrter ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familienangehörigen erreicht werden sollen.

Um die gewünschten Ergebnisse in der DPRRP zu erzielen, hat die Polizei BeamtInnen mit entsprechenden Kenntnissen, Erfahrung und Kompetenzen zur Bearbeitung von P/CVE-Fällen und für die Zusammenarbeit mit anderen institutionellen AkteurInnen und der Zivilgesellschaft abgestellt. Die Polizei hat anderen PraktikerInnen, die abhängig von den Bedürfnissen und Anforderungen intervenieren mussten, die notwendigen Informationen über die Betroffenen sowie Risikobewertungen bereitgestellt. Andererseits hat auch die Polizei von diesem multidisziplinären Mechanismus profitiert, denn sie erhielt von Diensten für die psychische Gesundheitsversorgung mehr Informationen über das psychologische Profil der Betroffenen und erfuhr etwas über die Gemeinschaft, die Familien und das soziale Umfeld, in das die Personen wiedereingegliedert wurden. Dies hilft der Polizei und den sonstigen Sicherheitsbehörden bei den Planungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in der Gemeinschaft.

Auch auf lokaler Ebene hat die Polizei durch Verweismechanismen, sofern sie von LSCs und MSCs eingeführt wurden, eine wichtige Aufgabe bei P/CVE. Dabei nimmt die Polizei keine Führungsrolle ein, sondern leistet einen Beitrag durch ihr Wissen über Entwicklungen und Phänomene in der Gemeinschaft und über die Gemeinschaft selbst. Die Polizei beteiligt sich an diesen Mechanismen hauptsächlich in Form von Community Policing. In den bisherigen Studien in den westlichen Balkanstaaten wird auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und anderen P/CVE-Aktiven hingewiesen. Es sind jedoch weitere Untersuchungen und eine angemessene Evaluation der erzielten Ergebnisse, der Auswirkungen dieser Zusammenarbeit auf die Gesellschaft und, noch wichtiger, der Frage, ob diese Mechanismen nachhaltig sind, notwendig.

Im Bereich der Wiedereingliederung und Rehabilitation haben internationale NRO in den westlichen Balkanstaaten in Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft in Ländern wie Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo und Nordmazedonien von dem von der EU-finanzierten Projekt DRIVE profitiert. Dieses soll die Bedrohungen, die von ausländischen KämpferInnen und islamistischen ExtremistInnen ausgehen, durch die Verbesserung effektiver Ausstiegs-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsverfahren (Disengagement, Rehabilitation and Reintegration, DRR) basierend auf einer am Menschen orientierten Behandlung und der Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften sowie öffentlicher AkteurInnen verringern. Zu diesem Zweck versucht das Projekt DRIVE, bewährte Praktiken und Strategien hinsichtlich DRR-Programmen insbesondere in den westlichen Balkanstaaten zu identifizieren und zu verbreiten und sie durch die Entwicklung spezifischer Schulungsmodule und gezielter Kampagnen zu stärken.<sup>61</sup>

Auf der Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes ist das Projekt DRIVE so gestaltet, dass es verschiedene AkteurInnen und Interessengruppen anspricht, darunter nationale und lokale politische EntscheidungsträgerInnen, staatliche Institutionen, ZGO, SozialarbeiterInnen, Jugendorganisationen, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, religiöse VertreterInnen sowie Strafvollzug und Bewährungshilfe.

---

<sup>61</sup> 'The Project - MARTE - Methodology, Objectives, Expected Results', *DRIVE* (blog), accessed 9 March 2023, <https://drive-ontherightpath.eu/the-project/>

### Projekt DRIVE in Nordmazedonien

Partner bei der Durchführung der Aktivitäten im Rahmen des Projekts DRIVE in Nordmazedonien ist die NRO NEXUS – Civil Concept, deren grundlegendes Ziel die Förderung der Demokratie ist.

Im Rahmen des Projekts hat sich NEXUS um Folgendes gekümmert:

- Veröffentlichung von Untersuchungen und Analysen zu anfälligen Gruppen (Frauen und Minderjährige) basierend auf dem nordmazedonischen Kontext und verglichen mit anderen Partnerländern
- Durchführung von Schulungen zur „Stärkung der Fähigkeiten von Beteiligten an vorderster Front (Mitglieder der multidisziplinären Teams), um eine Radikalisierung zu vermeiden, die zu Gewalt führen kann, und die Rehabilitation und Wiedereingliederung gewaltbereiter ExtremistInnen, zurückgekehrter ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familienangehörigen (Frauen und Kinder) zu unterstützen“<sup>62</sup>

- Sonstige Rollen der Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Interessengruppen

Wie bereits oben erläutert sind die Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden an verschiedenen behördenübergreifenden Ansätzen beteiligt, um Radikalisierung und Extremismus, die zu Terrorismus führen, zu verhindern. Daher haben sie zusätzlich zu den oben genannten Rollen weitere Aufgaben und Verantwortlichkeiten, durch die sie zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zum Erreichen von Zielen im Rahmen des P/CVE-Prozesses beitragen. Im Folgenden werden einige der Rollen genannt, die die Strafverfolgungs-/Sicherheitsbehörden übernehmen:

- Aufgrund ihrer Nähe zur Gemeinschaft kümmern sie sich auch um die **frühe Identifikation von und Warnung** vor Personen, die anfällig für Radikalisierung sein könnten, und um Entwicklungen in der Gemeinschaft hinsichtlich der Gefahren einer Radikalisierung und von Extremismus.
- Gemeinsam mit anderen Interessengruppen in der Gemeinschaft sorgen sie für **Sensibilisierung**, um die Resilienz zu stärken.
- Sie erstellen **Risikobewertungen** für Personen, die für extremistische Ideologien und Radikalisierung anfällig sind, sowie **individuelle Einschätzungen** von Menschen, die bereits radikalisiert sind.

---

*„Die Polizei hat nicht alle Informationen und sie kann nicht alles alleine machen. ... Die Polizei sollte keine Ressourcen für eine Aufgabe einsetzen, die jemand anderes besser erledigen kann.“<sup>63</sup>*

---

---

<sup>62</sup> Afrodita Musliu, CSO stakeholder questionnaire.

<sup>63</sup> [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files\\_en?file=2020-09/ran\\_pol\\_role\\_for\\_police\\_officers\\_utrecht\\_212016\\_en.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files_en?file=2020-09/ran_pol_role_for_police_officers_utrecht_212016_en.pdf)

### Modell im Kosovo für Rehabilitation und Wiedereingliederung<sup>64</sup>

Seit 2018 gibt es im Kosovo eine Leitlinie für die Rehabilitation und Wiedereingliederung radikalisierter und anfälliger Personen und insbesondere zurückgekehrter ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien. **Die Hauptelemente dieses Programms sind:**

- a) Sozioökonomische Unterstützung
- b) Psychologische Unterstützung
- c) Theologische oder ideologische Unterstützung
- d) Familienberatung
- e) Unterstützung durch Freizeit- und Kulturaktivitäten
- f) Mentoring

Dieses Programm wird von der DPRRP in Zusammenarbeit mit dem multidisziplinären Team auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt. Unterstützt wird dies durch ZGO auf nationaler und lokaler Ebene, die wiederum von externen Geldgebern wie GCERF, IOM und EU sowie verschiedenen Botschaften (USA, Niederlande und Vereinigtes Königreich), die im Kosovo akkreditiert sind, Hilfe erhalten.

### Teil der multidisziplinären Gruppen auf nationaler Ebene sind:

- a) Nationaler Koordinator gegen gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus
- b) DPRRP
- c) Polizei
- d) Strafvollzug
- e) Bewährungshilfe
- f) PsychologInnen und PsychiaterInnen
- g) Nichtregierungsorganisationen
- h) Zivilgesellschaft
- i) Religiöse VertreterInnen und TheologInnen

Im Rahmen der von der DPRRP geleiteten Programme wurden mehr als 400 Personen behandelt. Alle Interventionen wurden basierend auf individuellen Bedarfsanalysen und Risikobewertungen durchgeführt.

Bei der Umsetzung von Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogrammen hat die DPRRP eine führende Rolle. Ziel der Regierung ist jedoch die Übertragung der Verantwortung auf die lokale Ebene, auf der multidisziplinäre Teams gegründet werden.<sup>65</sup>

### Lokale Ebene

Die nationale Ebene kooperiert mit der lokalen Ebene bei der Bearbeitung von Fällen und im Umgang mit P/CVE. Sie stärkt deren Rolle beim Kapazitätsaufbau und identifiziert Verantwortliche für die Zusammenstellung multidisziplinärer Teams durch Pilotprojekte für P/CVE sowie Rehabilitation und Wiedereingliederung. Wie oben berichtet wird ein solches Projekt gerade mit Unterstützung des britischen Channel-Modells in der Gemeinde Han i Elezit umgesetzt.<sup>66</sup> In einem solchen multidisziplinären Team sollten folgende Positionen vertreten sein:

- a) VertreterIn der Abteilung für Arbeit und Sozialleistungen
- b) VertreterIn der kommunalen Abteilung für Bildung
- c) VertreterIn der Abteilung für Jugend, Kultur und Sport
- d) VertreterIn der Abteilung für öffentliche Gesundheit
- e) VertreterIn der Bewährungshilfe

---

<sup>64</sup> Hoti, Government stakeholder questionnaire, 30 July 2022.

<sup>65</sup> Hoti, Fragebogen für behördliche Interessengruppen.

<sup>66</sup> Hoti, Government stakeholder questionnaire, 30 July 2022.

- f) VertreterIn der Polizei in der Kommune
- g) VertreterInnen der Zivilgesellschaft
- h) VertreterIn einer religiösen Gemeinschaft

Dies ist ein Beispiel für die Beteiligung verschiedener Aktiver bei Rehabilitation und Wiedereingliederung und ihrer Aufgaben:

Person X (ausländischer terroristischer Kämpfer) kehrt mit seiner Frau und seinen Kindern aus Syrien zurück

Person X (ausländische/r terroristische/r Kämpfer/in) wird gemäß Strafgesetzbuch durch das Justizsystem behandelt

- Die Polizei führt eine Sicherheitsüberprüfung und Risikobewertung durch.

**Die DRRP führt gemeinsam mit dem multidisziplinären Team je nach Fachwissen Bewertungen durch:**

- SozialarbeiterInnen prüfen die sozioökonomische Situation.
- ÄrztInnen führen einen Gesundheitscheck durch.
- PsychiaterInnen legen ein psychiatrisches Gutachten vor.
- Religiöse VertreterInnen oder TheologInnen nehmen eine ideologische Bewertung vor.

Anhand der Ergebnisse wird ein allgemeines Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramm für die Familie und jedes Kind, zugeschnitten auf die jeweiligen Bedürfnisse, entwickelt.

Dann führen die lokalen Präventions- und Wiedereingliederungsteams die Aktivitäten aus.

**Beispiele für die Familie:**

- Je nach Bedarf soziale und wirtschaftliche Unterstützung, Unterkunft, Bildung, Kleidung usw.

**Beispiele für Kinder:**

- Verschiedene Freizeit-, Sport- und Kulturaktivitäten
- Anmeldung bei einer Schule und Durchführung eines Programms zum Nachholen von Lerninhalten
- Termine bei PsychologInnen und PsychiaterInnen usw.

**Für Frauen:**

- Psychiatrische und psychologische Behandlung
- Workshops zu verschiedenen Themen wie Elternschaft
- Berufliche Ausbildung für Erwerbstätigkeit oder Selbständigkeit
- Finanzielle Unterstützung für eine selbständige Tätigkeit usw.

Während des gesamten Prozesses ist die Zivilgesellschaft gemeinsam mit anderen Interessengruppen involviert. Je nach ihren Kapazitäten können NRO an psychosozialer Unterstützung, Hilfe bei Ausbildung und beruflicher Weiterbildung, Unterstützung einer Selbständigkeit durch Fördermittel oder durch andere pädagogische und kulturelle Aktivitäten beteiligt sein, um die Trennung der Betroffenen von Extremismus und Gewalt zu erleichtern oder sie für die Vorteile von Programmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung zu sensibilisieren. Die Einbeziehung von NRO und anderen Teilen der Zivilgesellschaft

kann in Programmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung effizienter sein, insbesondere in sensibleren Bereichen wie bei Frauen und Kindern.<sup>67</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen institutionellen AkteurInnen und ZGO beim Entwurf von Strategiepapieren und Programmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung hat gezeigt, dass die Umsetzung von Aktivitäten unkomplizierter und koordinierter funktioniert. Dies führt auch dazu, dass mehr Kapazitäten und Chancen für die Umsetzung von Programmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung vorhanden sind.

Obwohl die Zusammenarbeit und Koordination zwischen institutionellen AkteurInnen und der Zivilgesellschaft bei Rehabilitation und Wiedereingliederung mittlerweile gut funktioniert, ist das Thema nachhaltige Finanzierung **weiterhin eine Herausforderung**, da ein beträchtlicher Teil des Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramms noch durch internationale Spenden finanziert wird.

Im folgenden Absatz wird die Zusammenarbeit der Institutionen mit Beteiligten aus der Zivilgesellschaft bei der Durchführung von Aktivitäten zum Erreichen der P/CVE-Ziele dargestellt.

Die Tatsache, dass ZGO in Zusammenarbeit und Koordination mit Strafverfolgungsbehörden an P/CVE sowie Rehabilitation und Wiedereingliederung beteiligt sind, wird auch durch Interviews mit VertreterInnen von ZGO und staatlichen Institutionen bestätigt. Für eine erfolgreiche Durchführung von Aktivitäten und die Bewertung der individuellen Bedürfnisse zurückgekehrter ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familien teilte die Polizei über die DPRRP im Innenministerium Daten dieser Personen sowie die Standorte der sie aufnehmenden Gemeinschaften mit ZGO. Darüber hinaus waren ZGO am Entwurf des Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramms im Kosovo beteiligt, das von der IOM finanziert und von der DPRRP geleitet wird.<sup>68</sup>

Der Community Development Fund (CDF), das Advocacy Training and Resource Center, Community Building Mitrovica und einige weitere lokale NRO setzen gemeinsam mit der DPRRP das Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramm im Kosovo basierend auf den individuellen Bedürfnissen der RückkehrerInnen um. Den RückkehrerInnen werden berufliche Bildungsmaßnahmen und Kindererziehungskurse angeboten und sie werden durch Beihilfen sowie das Knüpfen von Kontakten zu lokalen Unternehmen im Rahmen von Praktika unterstützt.<sup>69</sup> Das Gleiche gilt auch für Rückkehrer. Auch wenn sie nach ihrer Rückkehr zunächst in Haft kommen, wird ihnen im Gefängnis eine Berufsausbildung angeboten.

Darüber hinaus werden Theateraktivitäten organisiert, bei denen Schulkinder die Vorführungen ansehen und über die Themen diskutieren, Freizeit- und Bildungsaktivitäten (Besuch historischer und kultureller Stätten) sowie Möglichkeiten der Heilung und Bildung durch Kunst, Dramatherapie und Dramapädagogik, die den Betroffenen die Chance geben, ihre Erfahrungen durch Kunst auszudrücken und so ihre Traumata zu bewältigen. Zurückkehrende Kinder und ihre Eltern profitieren darüber hinaus auch von individuellen Sitzungen mit PsychiaterInnen, die vom Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium organisiert werden.<sup>70</sup>

Der GCERF hat 2016 im Kosovo einen Country Support Mechanism (CSM) aufgebaut, an dem mehrere Interessengruppen beteiligt sind und der bis heute aktiv ist. Der Mechanismus unter Vorsitz des Innenministeriums umfasst Mitglieder aus verschiedenen Behörden sowie aus der Gebergemeinschaft. Mitglieder der Zivilgesellschaft und internationale Organisationen bieten strategische Beratung. Die Hauptfunktion des CSM besteht darin, für die Übernahme von Verantwortung und die strategische Kontrolle

---

<sup>67</sup> Mensur Hoti, Government stakeholder questionnaire, January 2023.

<sup>68</sup> Mensur Hoti.

<sup>69</sup> Rebeka Qena, CSO stakeholder questionnaire, 28 February 2023.

<sup>70</sup> Rebeka Qena.

der Arbeit des GCERF im Kosovo zu sorgen – von der Ermittlung von Bedürfnissen über die Entwicklung einer Strategie für Investitionen, die Formulierung von Interessenbekundungen und die Überprüfung der Vorschläge bis zu Finanzierungsempfehlungen.<sup>71</sup>

Im Kosovo wird die lokale/kommunale Ebene derzeit darauf vorbereitet, ihre Kapazitäten für den Umgang mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen KämpferInnen auszubauen, und der CDF bereitet Kurse zur Schulung von AusbilderInnen vor. Dort schulen Personen aus verschiedenen Bereichen (Psychiatrie, Psychologie, Sozialarbeit) AusbilderInnen zum Thema psychische Gesundheit von RückkehrerInnen. Danach werden sie ihr Wissen weiterhin den Fachkräften auf lokaler Ebene zur Verfügung stellen.

## Wichtige Erkenntnisse

1. Regierungen und institutionelle Mechanismen allein können P/CVE nicht erfolgreich betreiben. Hier ist ein behördenübergreifender und multidisziplinärer Ansatz notwendig, bei dem NRO und die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle spielen.
2. Mit behördenübergreifenden und multidisziplinären Verweismechanismen konnten bei P/CVE Ergebnisse erzielt werden, insbesondere mit den Modellen in einigen westlichen Balkanstaaten, an denen verschiedene Bereiche der Zivilgesellschaft aktiv beteiligt sind.
3. Die Strafverfolgung spielt eine entscheidende Rolle bei P/CVE, vor allem aufgrund des Fachwissens zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus. Allerdings funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und anderen relevanten AkteurlInnen in einigen Ländern der Region nicht zufriedenstellend.
4. Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogramme in den westlichen Balkanstaaten funktionieren/existieren und können den gewaltbereiten Extremismus effizient minimieren, insbesondere durch die aktive Einbindung lokaler Mechanismen. Es sind bereits Hunderte ausländische terroristische KämpferInnen und ihre Familien in den Westbalkan zurückgekehrt. Bisher gibt es keine Belege für ihre erneute Beteiligung an Fällen von Terrorismus (Rückfälligkeit).
5. Verschiedene Modelle für Verweismechanismen, die in EU-Staaten eingesetzt werden, können in den westlichen Balkanstaaten, angepasst an den lokalen Kontext, genutzt werden.

---

<sup>71</sup> Mensur Hoti, Government stakeholder questionnaire.



## Empfehlungen

1. Den Prozess sichern, aber nicht versicherheitlichen, indem anderen relevanten AkteurInnen wie Bildungseinrichtungen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, PsychiaterInnen und ZGO Chancen gegeben und Verantwortungsbereiche übertragen werden
2. Die Zusammenarbeit ermöglichen und stärken, einschließlich Informationsaustausch und Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen Strafverfolgung und den oben genannten Aktiven: Bildungseinrichtungen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, PsychiaterInnen und Zivilgesellschaft einschließlich Medien
3. Das Wissen der Polizei und Geheimdienste für Risikobewertungen radikalierter Personen nutzen, indem gemeinsame Schulungen mit anderen Interessengruppen organisiert werden
4. Den Informationsaustausch über Personen, die aufgrund von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus verurteilt wurden, zwischen Polizei, Bewährungshilfe und Strafvollzug sowie anderen Interessengruppen, die sich um Rehabilitation und Wiedereingliederung kümmern, im nötigen Umfang stärken
5. Den Kapazitätsaufbau für P/CVE auf lokaler Ebene (Strafverfolgung, Sozialarbeit, PsychologInnen usw.) fördern, einschließlich der Umsetzung von Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprogrammen
6. Die Kooperation nicht nur bei CVE, sondern auch bei der Prävention zwischen anderen AkteurInnen und der Polizei stärken, ohne das Vertrauen in der Gemeinschaft zu schädigen
7. Diese Bemühungen durch nachhaltige Mechanismen schützen, indem eine langfristige nationale und lokale Finanzplanung aufgestellt wird

## Weiterführende Literatur

1. Kiran M. Sarma. (2019). Behördenübergreifende Zusammenarbeit und Verhinderung von gewaltbereitem Extremismus: Beitrag 2. [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-04/ran\\_hsc\\_policy\\_mawr\\_report\\_sarma\\_26032019\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-04/ran_hsc_policy_mawr_report_sarma_26032019_de.pdf)
2. United Kingdom Home Office (2021). Prevent Multi-Agency Panel Duty guidance: protecting people vulnerable to being drawn into terrorism. Statutory guidance for panel members and partners of local panels. <https://www.gov.uk/government/publications/channel-and-prevent-multi-agency-panel-pmap-guidance#:~:text=Details,while%20PMAP%20operates%20in%20Scotland.>
3. Radicalisation Awareness Network (2017). EX-POST-BEITRAG The role for police officers in multi-agency working and information sharing. [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2020-09/ran\\_pol\\_role\\_for\\_police\\_officers\\_utrecht\\_212016\\_en.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2020-09/ran_pol_role_for_police_officers_utrecht_212016_en.pdf)
4. Radicalisation Awareness Network (2019). EX-POST-BEITRAG Resozialisierung und Risikomanagement von entlassenen ehemaligen terroristischen StraftäterInnen: Die Rolle der Polizei [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran\\_pol\\_role\\_do\\_police\\_play\\_in\\_resocialisation\\_marseille\\_20190520\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2019-06/ran_pol_role_do_police_play_in_resocialisation_marseille_20190520_de.pdf)
5. Radicalisation Awareness Network (2018). RAN-THEMENPAPIER Behördenübergreifende Zusammenarbeit und Verhinderung von gewaltbereitem Extremismus I. [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files\\_de?file=2020-09/multi-agency-working-preventing-violent-extremism-042018\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files_de?file=2020-09/multi-agency-working-preventing-violent-extremism-042018_de.pdf)
6. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (2019). Understanding Referral Mechanisms in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism Navigating Challenges and Protecting Human Rights A Guidebook for South-Eastern Europe. <https://www.osce.org/files/f/documents/7/4/418274.pdf>

### Über den Autor:

**Fatos Makolli** hat einen Master-Abschluss in Strategic Security Studies sowie das International Counterterrorism Fellowship Program des College of International Security Affairs an der National Defence University durchlaufen. Außerdem hat er ein weiterführendes Studium in den Bereichen Sicherheitsstrategie und irreguläre Kriegsführung am National War College in Washington, D.C., absolviert. Zusätzlich hat er die FBI National Academy in Quantico, Virginia erfolgreich abgeschlossen (Session 262). Fatos Makolli hat 14 Jahre Erfahrung in den Bereichen Terrorismusbekämpfung/CVE als Leiter der Terrorismusbekämpfung im Kosovo und war Mitglied in mehreren zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Gesetzesentwürfen sowie zur Erarbeitung und Umsetzung verschiedener nationaler Sicherheitsstrategien, einschließlich der Strategie zur Terrorismusbekämpfung und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus und Radikalismus.

## Literaturverzeichnis

- 'A Whole-of-Society Approach to Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism'. Accessed 3 February 2023. [https://www.osce.org/files/f/documents/a/7/444340\\_0.pdf](https://www.osce.org/files/f/documents/a/7/444340_0.pdf)
- 'Aarhus Model: Prevention of Radicalisation and Discrimination in Aarhus'. Accessed 16 October 2022. [https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/radicalisation-awareness-network-ran/collection-inspiring-practices/ran-practices/aarhus-model-prevention-radicalisation-and-discrimination-aarhus\\_en](https://home-affairs.ec.europa.eu/networks/radicalisation-awareness-network-ran/collection-inspiring-practices/ran-practices/aarhus-model-prevention-radicalisation-and-discrimination-aarhus_en)
- Afrodita Musliu. CSO stakeholder questionnaire, n.d.
- Ardit Orana and Skender Perteshi. 'Disengagement, Rehabilitation and Reintegration of Foreign Terrorist Fighters'. Accessed 12 August 2022. <https://qkss.org/en/publikimet/disengagement-rehabilitation-reintegration-foreign-terrorist-fiighters>
- Azinovic, Dr Vlado. Expert stakeholder questionnaire, 1 August 2022.
- 'Balkans-Regional-Report.Pdf'. Accessed 31 October 2022. <https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/04/Balkans-Regional-Report.pdf>
- 'Channel Duty Guidance: Protecting People Vulnerable to Being Drawn into Terrorism', 56. Accessed 24 August 2022. [https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/964567/6.6271\\_HO\\_HMG\\_Channel\\_Duty\\_Guidance\\_v14\\_Web.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/964567/6.6271_HO_HMG_Channel_Duty_Guidance_v14_Web.pdf)
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations. 'Albania Report 2021'. Accessed 12 August 2022. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/albania-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/albania-report-2021_en)
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations.. 'Bosnia and Herzegovina Report 2021'. Accessed 10 August 2022. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/bosnia-and-herzegovina-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/bosnia-and-herzegovina-report-2021_en)
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations.. 'Kosovo Report 2021', 19 November 2021. [https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/kosovo-report-2021\\_en](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/kosovo-report-2021_en)
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations.. 'North Macedonia Report 2021'. Accessed 16 August 2022. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/north-macedonia-report-2021\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/north-macedonia-report-2021_en)
- DRIVE. 'The Project - MARTE - Methodology, Objectives, Expected Results'. Accessed 9 March 2023. <https://drive-ontherightpath.eu/the-project/>
- European Commission - European Commission. '2021 Enlargement Package'. Text. Accessed 31 October 2022. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_21\\_5275](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_5275)
- European Commission - European Commission. '2022 Enlargement Package'. Text. Accessed 31 July 2023. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_6082](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6082)
- Fetiu, Arber, and Diana Mishkova. '31.12.2020 Diana Mishkova, Simeon Evstatiev', n.d., 22. <https://www.prevex-balkan-mena.eu/wp-content/uploads/2021/01/D5.1-Policy-brief-the-Balkans-1.pdf>
- GCERF. 'North Macedonia', 5 January 2022. <https://www.gcerf.org/north-macedonia/>
- 'GCERF-Strategy-for-Investment-in-the-Western-Balkans.Pdf'. Accessed 3 February 2023. <https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2015/12/GCERF-Strategy-for-Investment-in-the-Western-Balkans.pdf>
- Hoti, Mensur. Government stakeholder questionnaire, 30 July 2022.
- Hoti, Mensur. Government stakeholder questionnaire, 4 August 2023.
- Kapidži, Damir. 'BOSNIA AND HERZEGOVINA', 20. Accessed 12 August 2022. [https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/01/Bosnia\\_CONNEKT\\_Approaches\\_to\\_extremism.pdf](https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2021/01/Bosnia_CONNEKT_Approaches_to_extremism.pdf)
- Keka, Luan. Government stakeholder questionnaire, 21 June 2022.
- Lulzim Peci and Agon. 'Kosovo - Macro-Drivers of Radicalisation and Violent Extremism'. *Connekt* (blog). Accessed 4 August 2022. <https://h2020connekt.eu/publications/mapping-the-drivers-of-radicalisation-in-the-light-of-state-dynamics-in-kosovo/>
- Mensur Hoti. Government stakeholder questionnaire, January 2023.
- 'NSCITF-Report-on-Countering-Violent-Extremism.Pdf', n.d.

- 'Passage4Prevent-Prelom-Ang.Pdf'. Accessed 16 August 2022. <http://www.crpm.org.mk/wp-content/uploads/2019/07/Passage4Prevent-prelom-ang.pdf>
- Qena, Rebeka. CSO stakeholder questionnaire, 28 July 2022.
- Rebeka Qena. CSO stakeholder questionnaire, 28 February 2023.
- 'Referalni-Mehanizam-Za-Preveniju-i-Suzbijanje-Ekstremizma-i-Radikalizma.Pdf'. Accessed 1 November 2022. <https://www.kcdamad.org/wp-content/uploads/2019/09/Referalni-mehanizam-za-preveniju-i-suzbijanje-ekstremizma-i-radikalizma.pdf>
- Rosand, Eric, and Eric Manton. 'Lessons Learned from Preventing and Countering Violent Extremism in the Western Balkans' 41 (2021): 4. [https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2021/05/rosand\\_and\\_manton\\_newsbrief.pdf](https://www.gcerf.org/wp-content/uploads/2021/05/rosand_and_manton_newsbrief.pdf)
- 'Serbia Report 2022'. Accessed 31 July 2023. [https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/serbia-report-2022\\_en](https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/serbia-report-2022_en)
- 'Strategic Documents of MIAPA'. Accessed 1 August 2023. <https://mpb.rks-gov.net/f/39/Strategic-documents>
- 'The Role of Civil Society in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism: A Guidebook for South-Eastern Europe'. Accessed 7 March 2023. <https://www.osce.org/secretariat/400241>
- 'Understanding Referral Mechanisms in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism'. Accessed 7 March 2023. <https://www.osce.org/files/f/documents/7/4/418274.pdf>
- 'Understanding Referral Mechanisms in Preventing and Countering Violent Extremism and Radicalization That Lead to Terrorism: Guidebook for South-Eastern Europe'. Accessed 15 August 2022. <https://www.osce.org/secretariat/418274>
- United States Department of State. 'North Macedonia'. Accessed 16 August 2022. <https://www.state.gov/reports/country-reports-on-terrorism-2020/north-macedonia/>
- 'Uspon desnice: slučaj Srbija – Ekstremizam, terorizam, strani borci'. *helsinki odbor za ljudska prava u srbiji*, 2022, 284. <https://www.helsinki.org.rs/serbian/doc/Uspon%20desnice%20-%20slucaj%20Srbija.pdf>

## INFORMATIONEN ZUR EU FINDEN

### Internet

Informationen zur Europäischen Union in allen offiziellen EU-Sprachen finden Sie auf der Europa-Website unter: [https://europa.eu/european-union/index\\_de](https://europa.eu/european-union/index_de)

### EU-Veröffentlichungen

Kostenlose und kostenpflichtige EU-Veröffentlichungen können Sie hier herunterladen oder bestellen: <https://op.europa.eu/de/web/general-publications/publications>. Mehrere Exemplare kostenloser Publikationen können Sie über Europe Direct oder Ihr örtliches Informationszentrum anfordern (siehe [https://europa.eu/european-union/contact\\_de](https://europa.eu/european-union/contact_de)).

### EU-Recht und zugehörige Dokumente

Zugang zu allen rechtlichen Informationen der EU einschließlich der gesamten EU-Gesetzgebung seit 1952 in allen offiziell vorliegenden Sprachfassungen erhalten Sie bei EUR-Lex unter: <https://eur-lex.europa.eu>

### Offene Daten der EU

Das Portal zu offenen Daten der EU (<https://data.europa.eu/de>) bietet Zugriff auf Datensätze der EU. Daten können kostenlos heruntergeladen und genutzt werden, sowohl für kommerzielle als auch für gemeinnützige Zwecke.

Radicalisation Awareness Network

# RANI

Practitioners



Publications Office  
of the European Union